

Dieser Beschluß legt baldige Senkung der Preise der Zulieferanten voraus und ist erfolgt, obwohl der Schiedspruch für die Berliner Metallindustrie erst am 19. Januar nächsten Jahres in vollem Ausmaße in Kraft tritt. Die außerhalb Berlins liegenden Betriebe der elektrotechnischen Industrie haben sich dieser Preislenkung angeschlossen. In der Erwartung, daß auch bei ihnen eine Lohnsenkung erfolgen wird. Die elektrotechnische Industrie ist hienüt bewußt auf dem Wege des Preisabbaues weitergeschritten, den die schlechte Konjunktur bereits in starkem Ausmaße erzwungen hat. Ohne vorläufig mit einer wesentlichen Verminderung ihrer Selbstkosten rechnen zu können. Es wird erwartet, daß dieser Preislenkung eine Erleichterung der Wirtschaftslage beitragen wird.

Vortrag beim Reichspräsidenten

Berlin, 13. November.

Der Herr Reichspräsident empfing gestern nachmittags den Reichskanzler Dr. Brüning und den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Schiele zu einer gemeinsamen Besprechung über die Durchführung der zum Schutze der deutschen Landwirtschaft sowie zur Durchziehung der Lebensmittelpreislenkung von der Reichsregierung in Aussicht genommenen weiteren Maßnahmen.

Dr. Wirth zum Polizeikonflikt

Berlin, 13. November.

Zu der vom Vorsitzenden des Thüringischen Staatsministeriums zum Polizeikonflikt veröffentlichten Erklärung wird vom Reichsministerium des Innern mitgeteilt: Der Reichsminister hat dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold seinen Rücktritt erklärt, ihm Material über die Verhältnisse bei der Thüringischen Polizei zu beschaffen. Selbstverständlich hat er die Verhältnisse in Thüringen nach wie vor aufmerksam verfolgt und das ihm in reichem Umfange von den verschiedenen Seiten zugegangene Nachrichtenmaterial dem Staatsgerichtshof unterbreitet. Der Staatsgerichtshof ist zur Zeit damit befaßt, über das Material Beweis zu erheben.

Der Reichsminister des Innern lehnt es ab, dem Beispiel des Vorsitzenden des Thüringischen Staatsministeriums zu folgen und Vorklagen der bisherigen Beweisaufnahme zu einem Zeitpunkt, in dem die Beweisaufnahme sich noch im vollen Gange befindet, einseitig und vorzeitig auszuwerten und so vor der Entscheidung des mit der Sache befaßten Obersten Gerichtshofes in der Öffentlichkeit Stimmung zu machen.

Reichsbanner und Thüringer Konflikt

Die Thüringische Regierung enthält

Weimar, 12. November.

Das thüringische Staatsministerium veröffentlicht eine Mitteilung zu dem noch beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich anhängigen Streitverfahren zwischen Thüringen und dem Reichsministerium wegen der Zahlung der Polizeikonfiskationsgebühren.

Darin wird gesagt, daß das Reichsinnenministerium offenbar das Opfer eines innerhalb der thüringischen Polizei bestehenden „umfangreichen Spitzel- und Denunziantentums niedrigster Art“ geworden sei. Die Spitzelzentrale sei jetzt entdeckt worden dadurch, daß der Landesminister die photographische Wiedergabe eines Briefes des thüringischen Gaugeschäftsführers des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Weimar an einen Vertrauenssekretär in Sondershausen in die Hände gefallen sei. Dem Brief habe ein Fragebogen beigegeben mit Fragen, die mit den Behauptungen des Reichsinnenministers in keinen Schriftstücken an den Staatsgerichtshof wechselläufig hätten.

Gegen den Empfänger des Briefes ist sofort ein Strafverfahren mit dem Ziel der Dienstentziehung eingeleitet worden. In den Geschäftsräumen des Reichsbanners und in der Privatwohnung des Obersekretärs sei eine Durchsuchung vorgenommen worden, deren Ergebnis noch nicht bekannt sei. Das Ministerium werde zu prüfen haben, ob noch gegen andere Polizeibeamten ebenfalls Dienststrafverfahren einzuleiten seien.

Ein deutlicher Vorschlag in Genf

Das Problem der Einschränkung des Heeresmaterials

Genf, 13. November.

Graf Bernstorff hat dem Vorbereitenden Abrüstungskonferenz den Vorschlag über die Einschränkung des gegenwärtigen Rüstungsstandes aller Staaten, die an der künftigen Abrüstungskonferenz teilnehmen, unterbreitet.

Der Vorschlag geht davon aus, daß die Abrüstungskonferenz nur dann zu einem praktischen Ergebnis kommen kann, wenn zu Beginn der Konferenz genaue Angaben über die Rüstungen der einzelnen Länder, die eine Abrüstungskonvention schließen wollen, vorliegen. Die Ausarbeitung eines Konventionstextes durch den Vorbereitenden Ausschuss genüge nicht. Der Londoner Flottenkonferenz hätten solche Angaben über die maritimen Rüstungen als Verhandlungsgrundlage vorgelegen. Das militärische Jahrbuch des Völkerbundes sei unvollständig. Seine Angaben seien z. T. vage und nicht immer zuverlässig. Der Vorbereitungsausschuss müsse an alle Regierungen, die auf der Konferenz vertreten sein werden, das Ersuchen richten, ihm genaue und einwandfreie Angaben über die Land- und Seerüstungen so rechtzeitig zu liefern, daß sie der Konferenz als Grundlage für ihre Arbeiten dienen können. Aufgabe der jetzigen Tagung sei es, ein Schema für diese Statistiken auszuarbeiten.

In der Debatte über die Erfassung des Heeresmaterials in dem Abrüstungskonventionstext kamen zunächst die grundsätzlichen Gegner der Beschränkung des Heeresmaterials zu Worte.

Sato - Japan wandte sich gegen die direkte Methode. Die Sanktionen von Deutschland gefordert wird und bekämpft den Vorschlag des amerikanischen Vertreters, der die Beschränkung des Heeresmaterials für die Vereinigten Staaten in einer anderen Weise geregelt wissen wollte, als für die anderen Länder. Sato erklärte, die Kräfte müßten

für alle Staaten einheitlich geregelt werden. Er bekämpfte die direkte Materialbeschränkung mit dem Hinweis auf die verschiedenen Wehrsysteme.

Die Vertreter Rumaniens, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens wandten sich gegen die Beschränkung des Heeresmaterials.

Der schwedische Delegierte erklärte, eine Abrüstungskonvention, die außer den ausgebildeten Reserveoffizieren auch das Material unberücksichtigt lasse, sei zwecklos. Die direkte Beschränkung nach dem deutschen Vorschlag sei die beste Methode. Die Vertreter Hollands und Norwegens sprachen sich im Sinne Gibsons aus. Der belgische Vertreter wandte sich gegen die direkte Beschränkung mit dem Hinweis, daß ihre Durchführung eine Kontrolle erfordere, die er nicht für möglich halte. Litwinow betonte die große Bedeutung der Frage des Materials für eine wirkliche Abrüstung. Der Vertreter Frankreichs, Maffigi, bestritt, daß es sich hier um die wichtigste Frage der Konvention handle und meinte, unter Äußerungen des Generals von Seeck, daß für die Heere der Zukunft die Frage des Materials von nicht so großer Bedeutung sei. Die direkte Beschränkung des Materials sei wertlos, wenn man nicht gleichzeitig ein scharfes Kontrollsystem annehme. Maffigi trat für die Beschränkung auf dem Wege des Budgets ein.

Bauzusammenbruch in Bad Pyrmont

Veruntreuungen die Ursache.

Pyrmont, 13. November.

Durch schwere Veruntreuungen zweier leitender Beamten ist die Pyrmontener Bank U. G. Bad Pyrmont (Aktienkapital 100 000 RM., Reserven 35 000 RM.) in Zahlungsschwierigkeiten geraten und hat ihre Zahlungen eingestellt. Es dürfte Kontroversen gegeben sein. Das gesamte Aktienkapital und die Reserven sind durch Spekulationsverluste der beiden Beamten - man spricht von 190 000 RM. - verloren.

Die Städtische Sparkasse und die Waldeckische Bank haben sich bereit erklärt, die Schäden weitgehend zu übernehmen, damit wirtschaftliche Geschäfte nach Möglichkeit verbleiben werden. Bei ruhiger Abwicklung sollen etwa 70 bis 80 Prozent in der Masse liegen.

Zwei Explosionsherde in Grube Anna?

Alsdorf, 12. November.

Bei den Aufräumungsarbeiten im unterirdischen Betrieb des Schachtes Anna II sind bedeutende Feststellungen gemacht worden, die möglicherweise wesentlich zur Aufklärung der Grubenkatastrophe beitragen können.

In der nördlichen Richtstraße zum Revier 10 auf der 460-Meter-Sohle, wo bekanntlich ganze Strecken zu Bruch gegangen sind, sollen eingestürzte Grubenstempel gefunden worden sein, die von der Strecke zum Schacht zeigten. Wenn diese Beobachtung sich bestätigt, muß man damit rechnen, daß eine zweite Explosion im Untertagebetrieb erfolgt ist. Nur so lassen sich die beiden Brüche in der Richtstraße erklären. Dort sollen die Hohlräume entstanden sein, in die man ganze Häuser setzen könnte.

Merkei Neuigkeiten

Eltersmord? Der Altsiedler Komorin und dessen Ehefrau aus Reblau wurden ermordet aufgefunden. Komorin hat zunächst mit einem Messer einen Stich in den Rücken erhalten, dann durchschnitten ihm der Mörder die Kehle. Die Ehefrau ist durch einen Stich in die Herzgegend eintrat. Unter dem Verdacht, seine Eltern umgebracht zu haben, wurde der Sohn Komorins verhaftet. Gleichzeitig wurde noch ein gewisser Kutawka festgenommen.

Sondershausen. In der Nähe von Großenbricht wurde bereits im September einige Male auf die Eisenbahnschienen kurz vor Eintreffen des Abendzuges ein Gleitschuh gelegt. Dank der Aufmerksamkeit des Bahnwesens. Zugsperrungen fanden jedesmal das Hindernis rechtzeitig beseitigt werden. Am 3. November lag sogar eine etwa 40 Pfund schwere Kralle eines Dampfschlages auf den Schienen, diesmal an einer Stelle, wo die Eisenbahn eine Kurve macht. Glücklicherweise wurde auch dieses Hindernis rechtzeitig beseitigt. Die Ursache ist noch nicht ermittelt. Sie haben bereits ein Gesandnis abgeleitet. Der eine von ihnen gibt an, er habe sich an dieser unvernünftigen Handlungsweise beteiligt, um den dortigen Bahnhofsoberster zu ärgern.

Nordhausen. Auf der Bielen-Görsbacher Chaussee fuhr ein Auto in eine Gruppe von fünf Landarbeitsleuten. Dabei wurde einer von ihnen schwer verletzt; er wurde mit zwei weiteren Verletzten dem Nordhäuser Krankenhaus zugeführt. Der Führer des Autos legte, ohne sich um die Verletzten zu kümmern, seine Fahrt fort, wobei er auch noch in eine Schlagherde, die gerade die Straße überquerte, hineinfuhr und vier Schafe tötete. Die Polizei ist bemüht, das Unglücksauto zu ermitteln.

Delfand in Pommern? Auf dem Gut des Grafen Behr in Busdorf in Pommern, auf dem bereits seit längerer Zeit nach Del gehortet wird, haben sich jetzt, wie das „Berliner Tageblatt“ berichtet, Delfanden gezeigt. Es erfolgte dauernd Erdausbrüche. Die zu Tage geförderten Stoffe sollen in den nächsten Tagen untersucht werden. Man hofft, auf ein abbaufähiges Delfand zu stoßen.

Schneefall im Riesengebirge. Im Riesengebirge hat es wieder geschneit. Vom Namen werden 5-7 Grad Kälte gemeldet. Auch in den Vorbergen sind etwa 20 Zentimeter Schneefall bei 2 Grad Kälte gefallen. Im Hirschberger Tal lag ein Wintergewitter nieder.

Explosion in einer Bleicherei

Oetrand. In der hiesigen Bleicherei stieg plötzlich ein Baumwoll-Kochkessel in die Luft. Die Explosion zerstörte den größten Teil der Fabrik. Trümmer des Daches und der Fabrikeinrichtung wurden im Umkreis von 50 Metern durch die Luft geschleudert. Nur einem Zufall ist es zu danken, daß von der Fabrik haltender Personenzug kaum unbeschädigt davon. Die Ursache dürfte für mehrere Wochen stillgelegt werden müssen. Die Ursache der Explosion ist unklar.

Segelflug-Rekord im Harz

Magdeburg. Dem Polizeimajor Angerstein von der Segelfliegervereinigung „Lüwa“ in Magdeburg gelang es, bei Segelflügen im Harz mit dem Flugzeug „Willy Faber“ über eine Stunde in der Luft zu bleiben. Eine solche Leistung ist bisher in Mitteldeutschland nicht im entferntesten erreicht worden, ging doch die Flugdauer immer nur kaum über eine Minute hinaus.

Bildtelegraphie mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Das Reichspostministerium teilt mit: Am 16. November wird der Bildtelegraphendienst zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten über London aufgenommen. Zugelassen sind Bilder jeder Art, die kleinste noch zulässige Größe der Buchstaben ist 2 Millimeter, die der Zahlen 4 Millimeter. Die Gebühr für den Quadratdezimeter Bildfläche beträgt 160 Rpf., die Mindestgebühr für ein Bildtelegramm 247,50 RM. Aufkünfte erteilen die Postanstalten.

Ein Schiffsräucher nach 72 Stunden gerettet. Der Erste Offizier des Schoners Brooklyn, der letzten Sonnabend vor Port Humboldt kenterte, wurde am Mittwoch bei Eureka (Kalifornien) auf See treibend aufgefunden und gerettet. Er war völlig erschöpft und fast bewußtlos, da er, an ein Wrackstück geklemmt, 72 Stunden ohne Nahrung und ohne Trinkwasser hatte aushalten müssen. Man brachte ihn ins Krankenhaus. Es besteht jedoch Hoffnung, ihn am Leben zu erhalten.

Explosion in einer Fabrik. In einer Bleicherei in Oetrand bei Baumbachschloß auf bisher ungeklärte Weise plötzlich ein Baumwollkessel in die Luft. Durch die Explosion wurde der größte Teil der Fabrik zerstört. Trümmer des Daches und der Fabrikeinrichtung wurden bis zu 50 Meter weit durch die Luft geschleudert. Nur einem Zufall ist es zu verdanken, daß von der Fabrik haltender Personenzug blieb unbeschädigt.

Auto stürzt in einen Fluß. Ein schweres Auto mit vier Personen stürzte auf der Chaussee zwischen Komro und Maletal in einen Fluß. Ein Wagen, in dem sich sieben Personen befanden, stürzte beim Passieren einer Brücke in den Fluß. Dabei ertranken fünf Personen. Zwei konnten sich durch Schwimmen retten.

Bewegter Feststellungsfeierabend in Liverpool. In Liverpool ereignete sich bei der Feier des Diverstiftungsabends an dem Ehrenabend für die Gefallenen des Weltkrieges zahlreiche Unfälle. In dem dichten Gedränge tritten viele Männer, Frauen und Kinder Ohnmachtserkrankungen und Drogen von Frauen wurden mit verstaubten Füßen oder gebrochenen Rippen auf Tragbahnen davongetragen. Die Sanitätsmannschaften haben etwa 500 erkrankte und verletzte Personen behandelt.

Aus dem Gerichtssaal

Das Urteil im Spionageprozess Adam

Nach längerer Verhandlung wurde das Urteil im Spionageprozess Adam verkündet. Es lautete wegen gemeinschaftlichen Verbrechens nach § 1 des Gesetzes gegen den Verfall militärischer Geheimnisse vom 3. Juni 1914 (Spionagegesetz) gegen Peter Adam auf zehn Jahre Zuchthaus und gegen seine Ehefrau auf fünf Jahre Zuchthaus. Beide Angeklagten werden die bürgerlichen Ehrenrechte auf zehn Jahre abgeprochen. Von der Freiheitsstrafe sind je vier Monate und drei Wochen durch die Untersuchungshaft verbüßt. Die der angeklagten Frau Adam bei ihrer Verhaftung abgenommene Summe von etwa 100 RM sowie der Wert der Spionagegelder in Höhe von 12 000 RM wird dem Reich für verfallen erklärt. Ebenso wird der der Frau Adam abgenommene Photographenapparat eingezogen.

Gustav Winter wegen Steuerhinterziehung verurteilt. Der bekannte „Betriebswald“ Gustav Winter aus Leipzig stand wieder einmal vor dem Schranken des Gerichts. Diesmal handelte es sich um den Vorwurf der Steuerhinterziehung. Winter wurde beschuldigt, im Jahre 1926 als Inhaber eines Zeitschriftenvertriebs und als gewerbsmäßiger Vertreter der Reichsgläubiger Union, Vermögenswerte Einkommensteuer hinterzogen zu haben, was der Angeklagte jedoch bestritt. Er gab an, daß er keine Bücher nicht so habe führen können, wie er gewollt habe, da er viel zu Besprechungen unterweges gewesen sei. Das Urteil lautete auf eine Gesamtgeldstrafe von 3800 RM.

Zuchthausstrafe für einen Falschheid. Der Musikdirektor Friedrich Bannicke aus Leipzig stand unter der schweren Anklage des Meineides vor dem Leipziger Schöffengericht. Bannicke hatte in einem Unterhaltungsprozeß einen Falschheid geleistet, legnete aber während der Verhandlung diese Tat. Das Gericht hielt ihn des Meineides für überführt und schickte ihn auf ein Jahr neun Monate ins Zuchthaus unter Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren.

Am einen baufälligen Zauberschloß. Am 17. Dezember 1926 war der Zauberschloßassistent Neuhäuser aus Niesla in der Speicherstraße durch einen vom Wind umgerissenen Ziegelsteiner eines anliegenden Grundstücks tödlich verletzt worden. Die von seiner Witwe, zugleich im Namen der beiden unmündigen Kinder, gegen den Grundstückseigentümer eingeklagten Erbschafts- und Rentenforderungen sind jetzt vom Reichsgericht als gerechtfertigt anerkannt worden. Wie das Oberlandesgericht Dresden festgestellt hatte, ist sowohl die Mauerwerks-Erichtung wie die unzureichende Unterhaltung des umgestürzten Pfeilers Ursache des Unfalls gewesen. Nachdem bereits im Jahre 1921 ein Teil des Hauses vom Winde umgerissen worden sei, wäre es nach Auffassung des Reichsgerichts umso dringender geboten gewesen, die unterliegenden, wie einer erneuten Einsturzgefahr zu begegnen sei, sowie von Zeit zu Zeit Nachprüfungen auf die Standfestigkeit hin vornehmen zu lassen.

Dom Schöffengericht zum Zuchthaus. Vor dem Halberstädter Schöffengericht stand der 40-jährige Karl Wehrstedt aus Warsleben, Kreis Quedlinburg wegen Betrübungen und Einbrüchen im Rückfall. Der Angeklagte war im Jahre 1920 in Berlin bei der Schutzpolizei angefaßt. Infolge Veruntreuungen wurde er entlassen und anschließend von Stufe zu Stufe. Unter anderem durchzog er den Harz, gab sich als Kriminalbeamter aus und verstand es auf diese Weise, viele Zuchthausgänger zu führen. Er wurde zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt.

Ein aufgelogener Prozess. Am 3. November begann vor dem Gemtinsamen Schöffengericht Blauen die auf etwa acht Tage be-

rechnete...
aus...
Angeklagte...
A. G. herr...
Seele der...
bekannte...
Ziegelmer...
von Haller...
langt hatte...
auf Mittw...
men word...
Verhandl...
der Staats...
sen. Die...
oder Mär...

Am 1...
mein in de...
St 5 h r a...
mittelunge...
gleichzeit...
Mordtage...
Schumann...
ihrer War...
einem Kon...
feinen Gr...
samer Bar...
dann noch...
Belpzig ge...
dann den...
Jugend...
fentlichkeit...
Schumann...
nach § 25...
Längli...
ziehungs...

Bor...
woch ein...
Chemiker...
Berlin, zu...
haft in T...
Main und...
zur Last...
L e u d v...
im Febru...
der Chem...
zwei and...
des Ausl...
tionsberf...
worden...
hatte sich...
beide hie...
Fabrikat...
roch hatte...
durch Flu...
d. J. wu...
und nach...
jeht gege...

Spionag...
Bor...
begleit...
Währig...
Ende Ma...
und Ma...
deren G...
erford...
Landes...
gefährde...
Ad...
hat, tra...
in Meß...
denburg...
übernom...
meister...
Rustme...
am 1...
wurde...
bürtig u...
in Reg...
Jun...
geklagen...
1928 w...
lich; das...
im Jahr...
dem ger...
Ende 19...
jesührt...
Ad...
wender...
schuldig...
daß bei...
sorgen...
wand ge...
des Ma...

Das...
täglich...
feinen P...
Provinz...
mit der...
zuglück...
Termin...
vom G...
und ma...
anerken...
termin...
Nach de...
fragt, u...
derung...
erford...